

Anna-Lena Poppe

Die öffentliche Risikovorsorge im Agrarrecht

Ein Grundprinzip



Nomos

SCHRIFTEN ZUM AGRAR-, UMWELT- UND VERBRAUCHERSCHUTZRECHT

Herausgegeben vom Institut für Landwirtschaftsrecht
der Universität Göttingen

Professor Dr. Thomas Mann
Professor Dr. José Martínez
Professor Dr. Peter-Tobias Stoll
Professor Dr. Barbara Veit

Band 95

Anna-Lena Poppe

Die öffentliche Risikoversorge im Agrarrecht

Ein Grundprinzip



Nomos

Die Open-Access-Veröffentlichung dieses Titels wurde durch die Dachinitiative „Hochschule.digital Niedersachsen“ des Landes Niedersachsen ermöglicht.

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Göttingen, Univ., Diss., 2022

u.d.T.: Die öffentliche Risikovorsorge in der Landwirtschaft –
Ein Grundprinzip des Agrarrechts

1. Auflage 2023

© Anna-Lena Poppe

Publiziert von
Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG
Waldseestraße 3–5 | 76530 Baden-Baden
www.nomos.de

Gesamtherstellung:
Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG
Waldseestraße 3–5 | 76530 Baden-Baden

ISBN (Print): 978-3-7560-0592-5

ISBN (ePDF): 978-3-7489-4104-0

DOI: <https://doi.org/10.5771/9783748941040>



Onlineversion
Nomos eLibrary



Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung
4.0 International Lizenz.

Meinen Eltern und Geschwistern

Vorwort

Die vorliegende Monografie entstand während meiner Tätigkeit als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Landwirtschaftsrecht der Georg-August-Universität Göttingen. Sie wurde im Februar 2022 abgeschlossen und vom Fachbereich Rechtswissenschaften der Georg-August-Universität Göttingen im Wintersemester 2022/2023 als Dissertation angenommen. Die Dissertation wurde auf Grundlage der Vorschriften der Gemeinsamen Agrarpolitik der Jahre 2013-2022 angefertigt. Die agrarpolitischen Vorschriften für die Förderperiode 2023-2027 wurden nachträglich im Zuge des Veröffentlichungsprozesses eingearbeitet. Literatur und Rechtsprechung wurden in Teilen bis September 2023 aktualisiert und berücksichtigt.

Bislang stellte die öffentliche Risikovorsorge in der Landwirtschaft eine rechtsdogmatische Unbekannte dar. Dieser Umstand ist aufgrund der Bedeutung der Landwirtschaft für die Erzeugung von Nahrungsmitteln, die ihrerseits von existenzieller Bedeutung für das menschliche Dasein sind, der langen agrarrechtlichen Tradition öffentlicher Risikovorsorge in der Landwirtschaft sowie des von Natur aus bestehenden Spannungsfeldes mit den hochrangigen Verfassungswerten Umwelt-, Klima- und Tierschutz zu ändern. Die vorliegende Arbeit macht sich die rechtsdogmatische Aufarbeitung der öffentlichen Risikovorsorge in der Landwirtschaft zur Aufgabe. Nur durch eine rechtsdogmatische Rationalisierung der genannten Spannungsverhältnisse gelingt ein angemessener Ausgleich der Verfassungswerte, der einerseits Perspektiven für die landwirtschaftlichen Betriebe als Grundlage unserer Nahrungsmittelerzeugung schafft und andererseits dem Schutz von Umwelt, Klima und Tieren ausreichend Rechnung trägt. Darüber hinaus soll in dieser Weise ein Beitrag zur Rationalisierung und Versachlichung des Diskurses über Landwirtschaft sowie der Agrarpolitik geleistet werden.

Es ist mir eine besondere Ehre, dass die Deutsche Gesellschaft für Agrarrecht die vorliegende Dissertation 2022 mit ihrem Promotionspreis und das Comité Européen de Droit Rural 2023 die Dissertation mit dem Prix du CEDR ausgezeichnet haben. Diese Wertschätzung meiner Arbeit und des in der Dissertation behandelten Themas freuen mich sehr.

Diese Arbeit wäre nicht möglich gewesen ohne eine Vielzahl von Menschen, die mich während meiner Promotionszeit auf vielfältige Art und

Weise begleitet und unterstützt haben, und für die ich großen Dank empfinde.

Mein herzlichster Dank gilt meinem geschätzten Doktorvater *Professor Dr. José Martinez*, der mich bereits früh im Laufe meines Studiums für das Agrarrecht und das wissenschaftliche Arbeiten zu begeistern vermochte und damit in jeglicher Hinsicht akademischer Vater für mich ist. Ich bin sehr dankbar für die außergewöhnlichen Möglichkeiten, die ich durch seine Förderung in jeder erdenklichen Weise wahrnehmen durfte. Ebenso danke ich für die Vielzahl an hilfreichen und inspirierenden Anregungen und Ermutigungen, die er mir in der Promotionszeit hat zu Teil werden lassen. Die Arbeit an dem von ihm geführten Institut für Landwirtschaftsrecht wird mir stets in guter und erfahrungsreicher Erinnerung bleiben. Der wissenschaftliche Austausch mit der im Institut vereinten Expertise zum Agrarrecht sowie der einzigartige Bibliotheksbestand haben die vorliegende Arbeit wesentlich bereichert.

Herrn *Professor Dr. Peter-Tobias Stoll* danke ich für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens. Frau *Professorin Dr. Barbara Veit* danke ich für die Übernahme des Prüfungsvorsitzes und die angenehme Prüfungsdurchführung.

Ich danke den Herausgeber:innen für die Aufnahme in die Schriftenreihe. Die Drucklegung und die open access-Veröffentlichung wurden freundlicherweise vollständig durch das Niedersachsen-Konsortium finanziert. Auch hierfür danke ich.

Ebenso danke ich dem Elisabeth-Selbert-Mentoring-Programm für vielfältige Förderungen, die ich in einer kollegialen und vertrauensvollen Umgebung erfahren durfte.

Herrn *Dr. Christoph Duden* danke ich für diverse Gespräche, die mir die agrarökonomischen Zusammenhänge näherbrachten. Herrn *Bastian Bruns* und Herrn *Michael Matthiss* danke ich für das mühevollen und hilfreichen Korrekturat.

Die Zeit am Institut für Landwirtschaftsrecht war nicht nur in akademischer Hinsicht eine prägende Bereicherung, sondern auch in menschlicher Hinsicht. Der Institutsfamilie in ihren wechselnden Konstellationen gebührt Dank für die hilfsbereite und freundschaftliche Arbeitsatmosphäre. Namentlich hervorheben möchte ich *Dr. Nils Jensen*, *Dr. Thilo Ortgies*, *Dr. Jan Caßelmann*, *Dr. Kea Ovie*, *Dr. Anthea Luisa Pitschel*, *Merle Welk*, *Lukas Helfrich*, *Maren Müller-Menzel*, *Jonas Lohstroh*, *Lorenz Dilling*, *Cara von Nolting*, *Lea Gottschalk* und *Friederike Heise*.

Unermesslicher Dank kommt meiner Doktorandenrunde, bestehend aus *Dr. Maria Prietz*, *Jonas Tafel* und *Sven Wedemeyer*, zu. Sie haben mich mit ermutigenden und fruchtbaren Gesprächen durch die Täler der Promotionsphase getragen und das Leben fernab der Promotion freundschaftlich bereichert. Damit haben sie wesentlich zum Gelingen dieser Arbeit beigetragen.

Mein ganz besonderer Dank gebührt meinen Eltern, *Marlies* und *Klaus-Hinrich Poppe*, und meinen Geschwistern, *Annika*, *Karina* und *Andreas*. Bei und mit ihnen in der norddeutschen Provinz aufzuwachsen sowie ihren grenzen- und bedingungslosen Rückhalt, erachte ich als das wertvollste Geschenk. Ihnen ist diese Arbeit gewidmet.

Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis	13
Abbildungsverzeichnis	33
Abkürzungsverzeichnis	35
Teil I – Die öffentliche Risikovorsorge in der Landwirtschaft als rechtsdogmatische Unbekannte	45
§ 1: Problemaufriss und Erkenntnisinteresse	45
§ 2: Grundlagen und Gang der Untersuchung	54
Teil II – Die öffentliche Risikovorsorge in der Landwirtschaft aus außerrechtlicher und einfachgesetzlicher Perspektive	73
§ 3: Systemische Risikofaktoren in der Landwirtschaft	73
§ 4: Bestandsanalyse und Systematisierung der öffentlichen Risikovorsorgemaßnahmen im einfachgesetzlichen Agrarrecht	92
§ 5: Ergebnis der Untersuchung der öffentlichen Risikovorsorge in der Landwirtschaft aus außerrechtlicher und einfachgesetzlicher Perspektive – zugleich außerrechtliche und einfachgesetzliche Grundlagen des Grundprinzips	154
Teil III – Der verfassungs- und unionsrechtliche Auftrag zur öffentlichen Risikovorsorge in der Landwirtschaft	155
§ 6: Verfassungsrechtlicher Auftrag zur öffentlichen Risikovorsorge in der Landwirtschaft	156
§ 7: Unionsrechtlicher Auftrag zur öffentlichen Risikovorsorge in der Landwirtschaft	280
§ 8: Zusammenfassung der Aufträge zur öffentlichen Risikovorsorge in der Landwirtschaft – zugleich verfassungs- und unionsrechtliche Grundlagen des Grundprinzips	292

Teil IV – Die rechtsstaatliche Ausgestaltung der öffentlichen Risikovorsorge in der Landwirtschaft	295
§ 9: Anforderungen an die gesetzgeberische Ausgestaltung der öffentlichen Risikovorsorge sowie die Bewertung ihrer Umsetzung	295
§ 10: Ausblick: Möglichkeiten zur verbesserten Umsetzung der Anforderungen	439
§ 11: Zusammenfassung	456
Teil V – Die zusammenfassende Schlussbetrachtung der rechtsdogmatischen Aufarbeitung der öffentlichen Risikovorsorge in der Landwirtschaft	459
§ 12: Die öffentliche Risikovorsorge in der Landwirtschaft als Grundprinzip des Agrarrechts	459
§ 13: Zusammenfassung der wesentlichen Untersuchungsergebnisse	467
Literaturverzeichnis	477

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis	33
Abkürzungsverzeichnis	35
Teil I – Die öffentliche Risikovorsorge in der Landwirtschaft als rechtsdogmatische Unbekannte	45
§ 1: Problemaufriss und Erkenntnisinteresse	45
A. Abgrenzung des Untersuchungsgegenstandes und Stand der Wissenschaft	50
B. Erkenntnisinteresse	54
§ 2: Grundlagen und Gang der Untersuchung	54
A. Wesentliche Begriffsbestimmungen der Untersuchung	55
I. Agrarrecht	55
II. Landwirtschaft	56
III. Rechtlicher Risikobegriff und systemische Risikofaktoren	58
IV. Öffentliche Risikovorsorge	59
B. Der kompetenzrechtliche Rahmen der öffentlichen Risikovorsorge in der Landwirtschaft	64
C. Die Grundverordnungen der Gemeinsamen Agrarpolitik im Lichte der Reformen	67
D. Gang der Untersuchung	69
Teil II – Die öffentliche Risikovorsorge in der Landwirtschaft aus außerrechtlicher und einfachgesetzlicher Perspektive	73
§ 3: Systemische Risikofaktoren in der Landwirtschaft	73
A. Begriffsbestimmung „systemischer Risikofaktor“	74
B. Besonderheiten und Faktoren der Ungewissheit im Rahmen der landwirtschaftlichen Tätigkeit	75
I. Bindung an Grund und Boden	76

II. Naturgebundene Produktion	77
1. Bindung an natürliche Zyklen und daraus resultierende Unelastizität	78
2. Meteorologische Ungewissheitsfaktoren	79
3. Phytosanitäre und veterinäre Ungewissheitsfaktoren	79
4. Auswirkungen der naturgebundenen Produktion	80
III. Agrarmarktstrukturelle Besonderheiten	80
1. Die Struktur des Agrarmarktes	81
a) Unelastizität auf Nachfrageseite	81
b) Quantitatives Missverhältnis zwischen Erzeuger:innen und Abnehmer:innen	81
c) Globaler Wettbewerb bei gleichzeitig höheren Produktionsanforderungen	83
2. Auswirkungen der natürlichen Ertragsvolatilitäten unter Berücksichtigung der agrarmarktstrukturellen Besonderheiten	83
IV. Fremdkapitalbelastung im Rahmen der landwirtschaftlichen Produktion	84
1. Steigende Input-Kosten und Fremdkapitalbelastung	84
2. Die Liquidität der landwirtschaftlichen Betriebe	86
V. Rechtsbedingte Planungsunsicherheit der landwirtschaftlichen Produktion	86
C. Einbettung der Besonderheiten und Ungewissheitsfaktoren in hiesige Systematik	87
I. Subsumtion als systemische Risikofaktoren	87
II. Potenzierende Faktoren	89
1. Liberalisierung des Agrarmarktes als potenzierender Faktor	89
2. Klimawandel als potenzierender Faktor	91
III. Zusammenfassung der außerrechtlichen Perspektive: Systemische Risikofaktoren in der Landwirtschaft	92
§ 4: Bestandsanalyse und Systematisierung der öffentlichen Risikovorsorgemaßnahmen im einfachgesetzlichen Agrarrecht	92
A. Kategorisierung öffentlicher Risikovorsorgemaßnahmen	94

B. Untersuchung ausgewählter Regelungen im einfachgesetzlichen Agrarrecht	95
I. Finanzwirksame Maßnahmen	96
1. Rechtliche Einordnung und Konkretisierung der Kategorie „finanzwirksame Maßnahmen“ – Das Agrarbeihilfenrecht im Überblick	96
a) Relevante internationale Vorschriften zu Agrarbeihilfen	97
b) Relevante Vorschriften zu unionalen Agrarbeihilfen	99
c) Relevante Vorschriften zu (mitglied-) staatlichen Agrarbeihilfen	101
2. Herausarbeitung der Risikovorsorgeelemente finanzwirksamer Maßnahmen anhand ausgewählter Regelungen im einfachgesetzlichen Agrarrecht	103
a) Ex-ante-bezogene finanzwirksame Maßnahmen	104
aa) Beihilfen für die private Lagerhaltung	104
(1) Allgemeiner Rechtsrahmen und Regelungsinhalt	104
(2) Bezugspunkt zum systemischen Risikofaktor und Art der Risikosteuerung	105
bb) Beihilfen für Erzeugerorganisationen	105
(1) Allgemeiner Rechtsrahmen und Regelungsinhalt	105
(2) Bezugspunkt zum systemischen Risikofaktor und Art der Risikosteuerung	106
cc) Prämiensubvention von Versicherungen	106
(1) Allgemeiner Rechtsrahmen und Regelungsinhalt	106
(2) Bezugspunkt zum systemischen Risikofaktor und Art der Risikosteuerung	108
dd) Investitionsbeihilfen	108
(1) Allgemeiner Rechtsrahmen und Regelungsinhalte	108

(2) Bezugspunkt zum systemischen Risikofaktor und Art der Risikosteuerung	110
b) Ex-post-bezogene finanzwirksame Maßnahmen	111
aa) Mitgliedstaatliche Ad-hoc-Hilfen im Rahmen von Art. 107 Abs. 2 lit. b) AEUV – am Beispiel der sog. Dürrehilfen im Sommer 2018	111
(1) Allgemeiner Rechtsrahmen und Regelungsinhalt	111
(2) Bezugspunkt zum systemischen Risikofaktor und Art der Risikosteuerung	116
bb) Unionsrechtliche Ad-hoc-Beihilfen auf Grundlage von Art. 219 Abs. 1 und 221 Abs. 1 GMO-VO	116
(1) Allgemeiner Rechtsrahmen und Regelungsinhalt	116
(2) Bezugspunkt zum systemischen Risikofaktor und Art der Risikosteuerung	118
cc) Kofinanzierte Beihilfen für Wiederaufbau von durch Naturkatastrophen und Katastrophenereignisse geschädigtem landwirtschaftlichen Produktionspotenzials	118
(1) Allgemeiner Rechtsrahmen und Regelungsinhalt	118
(2) Bezugspunkt zum systemischen Risikofaktor und Art der Risikosteuerung	119
c) Steuerliche finanzwirksame Maßnahmen	119
aa) Allgemeiner Rechtsrahmen und Regelungsinhalte	119
bb) Bezugspunkt zum systemischen Risikofaktor und Art der Risikosteuerung	121
3. Zusammenfassung der Risikovororgelemente der finanzwirksamen Maßnahmen	122

II. Agrarmarktorganisatorische Maßnahmen	123
1. Rechtliche Einordnung und Konkretisierung der Kategorie „agrarmarktorganisatorische Maßnahmen“	123
2. Herausarbeitung des Risikovorsorgeelements der agrarmarktorganisatorischen Maßnahmen anhand einzelner agrarrechtlicher Regelungen	125
a) Regulierende agrarmarktorganisatorische Maßnahmen	125
aa) Bekämpfung unlauterer Handelspraktiken	125
(1) Allgemeiner Rechtsrahmen und Regelungsinhalt	125
(2) Bezugspunkt zum systemischen Risikofaktor und Art der Risikosteuerung	126
bb) Regulierung von Vertragsverhältnissen	126
(1) Allgemeiner Rechtsrahmen und Regelungsinhalt	126
(2) Bezugspunkt zum systemischen Risikofaktor und Art der Risikosteuerung	127
b) Agrarmarktorganisatorische Maßnahmen des Agrarkartellrechts	127
aa) Allgemeiner Rechtsrahmen und Regelungsinhalt	127
bb) Bezugspunkt zum systemischen Risikofaktor und Art der Risikosteuerung	129
c) Marktstützende agrarmarktorganisatorische Maßnahmen	129
aa) Öffentliche Intervention	129
(1) Allgemeiner Rechtsrahmen und Regelungsinhalt	129
(2) Bezugspunkt zum systemischen Risikofaktor und Art der Risikosteuerung	130
bb) „Sicherheitsnetz“ der GMO-VO	131
(1) Allgemeiner Rechtsrahmen und Regelungsinhalt	131

(2) Bezugspunkt zum systemischen Risikofaktor und Art der Risikosteuerung	132
3. Zusammenfassung der Risikovorsorgeelemente der agrarmarktorganisatorischen Maßnahmen	133
III. Institutionelle Maßnahmen	134
1. Rechtliche Einordnung und Konkretisierung der Kategorie „institutionelle Maßnahmen“	134
2. Herausarbeitung des Risikovorsorgeelements der institutionellen Maßnahmen anhand einzelner agrarrechtlicher Regelungen	135
a) Fonds auf Gegenseitigkeit und Einkommensstabilisierungsinstrument	135
aa) Allgemeiner Rechtsrahmen, Regelungsinhalt und das „Öffentliche“ der Maßnahmen	135
bb) Bezugspunkt zum systemischen Risikofaktor und Art der Risikosteuerung	137
b) Maßnahmen der Tierseuchenbekämpfung sowie Pflanzenschutz- und Pflanzengesundheitsmaßnahmen	138
aa) Allgemeiner Rechtsrahmen, Regelungsinhalt und das „Öffentliche“ der Maßnahmen	138
bb) Bezugspunkt zum systemischen Risikofaktor und Art der Risikosteuerung	139
c) Tierseuchenkassen	139
aa) Allgemeiner Rechtsrahmen, Regelungsinhalt und das „Öffentliche“ der Maßnahme	139
bb) Bezugspunkt zum systemischen Risikofaktor und Art der Risikosteuerung	140
d) Landwirtschaftliche Rentenbank	141
aa) Allgemeiner Rechtsrahmen, Regelungsinhalt und das „Öffentliche“ der Maßnahme	141
bb) Bezugspunkt zum systemischen Risikofaktor und Art der Risikosteuerung	146

e) Marktinformationsberichterstattung	147
aa) Allgemeiner Rechtsrahmen, Regelungsinhalt und das „Öffentliche“ der Maßnahme	147
bb) Bezugspunkt zum systemischen Risikofaktor und Art der Risikosteuerung	148
3. Zusammenfassung der Risikovorsorgeelemente der institutionellen Maßnahmen	148
C. Systematisierte Grundstruktur der öffentlichen Risikovorsorge im einfachgesetzlichen Agrarrecht	149
§ 5: Ergebnis der Untersuchung der öffentlichen Risikovorsorge in der Landwirtschaft aus außerrechtlicher und einfachgesetzlicher Perspektive – zugleich außerrechtliche und einfachgesetzliche Grundlagen des Grundprinzips	154
Teil III – Der verfassungs- und unionsrechtliche Auftrag zur öffentlichen Risikovorsorge in der Landwirtschaft	155
§ 6: Verfassungsrechtlicher Auftrag zur öffentlichen Risikovorsorge in der Landwirtschaft	156
A. Das umweltrechtliche Vorsorgeprinzip im deutschen Recht als konzeptionelles Muster einer allgemeinen Vorsorgedogmatik	158
I. Wahl und Begrenzung des Referenzgebietes Umweltrecht	158
1. Historische Begründung der Wahl	158
2. Normative Begründung der Wahl	160
3. Begrenzung des Referenzgebietes auf Risikovorsorge	162
II. Das konzeptionelle Muster des umweltrechtlichen Vorsorgeprinzips	165
1. Die verfassungsrechtlichen Grundlagen des umweltrechtlichen Vorsorgeprinzips	165
a) Staatszweck und Staatsaufgabe „Sicherheit“	166
b) Sicherheitsbegriff im Wandel der Zeit	170
c) Verfassungsrechtliche Normierung der Gewährleistung ökologischer Sicherheit: Staatsziel „Umweltschutz“ (Art. 20a GG)	172

d) Verfassungsrechtlicher Schutzauftrag als verfassungsrechtliche Grundlage des Vorsorgeprinzips	174
2. Die Aufgabenwahrnehmung des umweltrechtlichen Vorsorgeprinzips	175
a) Unzulänglichkeiten der herkömmlichen Gefahrenabwehrdogmatik	177
b) Anforderungen der Risikogesellschaft an den Rechtsstaat	180
c) Umsetzung der Anforderungen der Risikogesellschaft durch öffentliche Risikovorsorge	183
d) Öffentliche Risikovorsorge als Handlungsmodus des vorsorgenden Rechtsgüterschutzes	190
3. Die Rechtswirkungen des umweltrechtlichen Vorsorgeprinzips	191
III. Allgemeine Voraussetzungen für Aktivierung des Vorsorgeprinzips	192
1. Verfassungsrechtlicher Schutzauftrag	193
2. Ungewisses Gefährdungspotenzial mit besonderer Schadensdimension – zugleich abstrakter Vorsorgeanlass und rechtlicher Risikobegriff	193
a) Dreistufenmodell	196
b) Zweistufenmodell	200
c) Besondere Schadensdimension	202
d) Der das Vorsorgeprinzip aktivierende rechtliche Risikobegriff der hiesigen Untersuchung	203
IV. Zwischenergebnis: Die allgemeine Grundstruktur des Vorsorgeprinzips	204
B. Die Aktivierung des Vorsorgeprinzips im Bereich der Landwirtschaft	205
I. Verfassungsrechtlicher Schutzauftrag zugunsten der Landwirtschaft	206
1. Ausdrückliche verfassungsrechtliche Schutzaufträge zugunsten der Landwirtschaft in den Landesverfassungen	209

2. Verfassungsrechtlicher Schutzauftrag zugunsten der Landwirtschaft im Grundgesetz	210
a) Materiell-verfassungsrechtlicher Schutzgehalt aus ausdrücklicher Normierung in Art. 74 Abs. 1 Nr. 17 GG	211
b) Materiell-verfassungsrechtlicher Schutzgehalt aus ausdrücklicher Normierung in Art. 91a Abs. 1 Nr. 2 GG	213
c) Gründe für das Schweigen des Grundgesetzes	216
d) Befund zum Wortlaut des Grundgesetzes	217
3. Herleitung eines materiell-verfassungsrechtlichen Auftrags zur Gewährleistung leistungsfähiger Betriebe als verfassungsrechtlicher Schutzauftrag zugunsten der Landwirtschaft	218
a) Die Gewährleistung leistungsfähiger Betriebe in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts und in der rechtswissenschaftlichen Literatur	218
b) Begriffsbestimmungen zur staatlichen Gewährleistung	221
aa) Materiell-verfassungsrechtlicher Gewährleistungsauftrag	222
bb) Aufgabenwahrnehmung durch Gewährleistungsverantwortung	224
c) Herleitung eines materiell-verfassungsrechtlichen Auftrags zur Gewährleistung leistungsfähiger Betriebe	228
aa) Die Begriffsbestimmung der Leistungsfähigkeit vor dem Hintergrund der Multifunktionalität der Landwirtschaft	229
(1) Multifunktionalität als Betrachtungsweise der Landwirtschaft	230
(2) Das Konzept der Multifunktionalität im rechtlichen Kontext und der juristische Funktionsbegriff	232
(a) Umfragen als Konkretisierung eines gesellschaftlichen Anspruchs	235

(b)	Leitbilder als Konkretisierung eines gesellschaftlichen Anspruchs	236
(c)	Qualifiziertes öffentliches Interesse in Form einer obligatorischen Staatsaufgabe als Konkretisierung eines gesellschaftlichen Anspruchs	240
(3)	Definition der Leistungsfähigkeit in hiesiger Untersuchung und ihr materiell-verfassungsrechtlicher Schutzgehalt	243
bb)	Untersuchung der Leistungsfähigkeit landwirtschaftlicher Betriebe nach hiesiger Definition als Grundlage des materiell- verfassungsrechtlichen Auftrags zur Gewährleistung leistungsfähiger Betriebe	245
(1)	Leistungsfähig aufgrund eines unerlässlichen Beitrags zur Ernährungssicherstellung	245
(a)	Die gesellschaftliche Dimension der Ernährungssicherstellung	246
(b)	Die juristische Dimension der Ernährungssicherstellung	248
(aa)	Die auf dem materiell- verfassungsrechtlichen Schutz- auftrag aus dem Grundrecht auf Nahrung beruhende obligatorische Staatsaufgabe „Ernährungssicherstellung“	249
(bb)	Die obligatorische Staatsaufgabe „Ernährungssicherstellung“ als Teil der Daseinsvorsorge	251
(c)	Die Unerlässlichkeit der landwirtschaftlichen Betriebe für die Wahrnehmung der obligatorischen Staatsaufgabe „Ernährungssicherstellung“	255

(2) Leistungsfähig aufgrund eines unerlässlichen Beitrags zur nicht ernährungsbezogenen Versorgungssicherstellung im ländlichen Raum	259
(a) Die gesellschaftliche Dimension der agrarpolitischen Funktionen zugunsten des ländlichen Raums	260
(b) Die juristische Dimension der agrarpolitischen Funktionen zugunsten des ländlichen Raums	262
(c) Die Unerlässlichkeit der landwirtschaftlichen Betriebe für die Wahrnehmung der obligatorischen Staatsaufgabe „nicht ernährungsbezogene Versorgungssicherstellung grundlegender Infrastrukturen“	263
(3) Leistungsfähig aufgrund eines unerlässlichen Beitrags zur Gestaltung und Erhaltung der Kulturlandschaft	264
(a) Die gesellschaftliche Dimension der agrarpolitischen Funktion „Gestaltung und Erhaltung der Kulturlandschaft“	266
(b) Die juristische Dimension der agrarpolitischen Funktion „Gestaltung und Erhaltung der Kulturlandschaft“	268
(c) Die Unerlässlichkeit der landwirtschaftlichen Betriebe für die Wahrnehmung der obligatorischen Staatsaufgabe „Gestaltung und Erhaltung der Kulturlandschaft“	269

(4) Zusammenfassung der Leistungsfähigkeit landwirtschaftlicher Betriebe als Grundlage des materiell-verfassungsrechtlichen Auftrags zur Gewährleistung leistungsfähiger Betriebe	271
d) Konkretisierung des materiell-verfassungsrechtlichen Auftrags zur Gewährleistung leistungsfähiger Betriebe als verfassungsrechtlicher Schutzauftrag zugunsten der Landwirtschaft	272
II. Ungewisses Gefährdungspotenzial mit besonderer Schadensdimension	275
1. Vorliegen eines systemischen Risikofaktors	275
2. Kein Ausschluss nach praktischer Vernunft	276
3. Besondere Schadensdimension	276
III. Aktivierung des Vorsorgeprinzips	279
C. Verfassungsrechtlicher Auftrag zur öffentlichen Risikovorsorge in der Landwirtschaft als verfassungsrechtliche Grundlage des Grundprinzips der öffentlichen Risikovorsorge	280
§ 7: Unionsrechtlicher Auftrag zur öffentlichen Risikovorsorge in der Landwirtschaft	280
A. Grundlagen der öffentlichen Risikovorsorge in den primärrechtlichen Normen der Gemeinsamen Agrarpolitik	282
I. Ziel der Einkommens- und Marktstabilisierung (Art. 39 Abs. 1 lit. b) und c) AEUV)	282
II. Ziel der Ernährungssicherstellung (Art. 39 Abs. 1 lit. d) und e) AEUV)	284
III. Weitere Grundlagen öffentlicher Risikovorsorgemaßnahmen	287
B. Materielle Rechtswirkungen	288
C. Unionsrechtlicher Auftrag zur öffentlichen Risikovorsorge in der Landwirtschaft	292
§ 8: Zusammenfassung der Aufträge zur öffentlichen Risikovorsorge in der Landwirtschaft – zugleich verfassungs- und unionsrechtliche Grundlagen des Grundprinzips	292

Teil IV – Die rechtsstaatliche Ausgestaltung der öffentlichen Risikovorsorge in der Landwirtschaft	295
§ 9: Anforderungen an die gesetzgeberische Ausgestaltung der öffentlichen Risikovorsorge sowie die Bewertung ihrer Umsetzung	295
A. Anforderungen der prozeduralen Rationalität	297
I. Konkretisierung der Anforderungen an die gesetzgeberische Ausgestaltung aufgrund der prozeduralen Rationalität	299
1. Erfordernis der Definition des Vorsorgeziels als Grundlage des konkreten Vorsorgeanlasses durch den Gesetzgeber	299
2. Anforderungen an die Bestimmung des Vorliegens eines Vorsorgeanlasses durch Risikoermittlung und Risikobewertung	301
a) Risikoermittlung	302
b) Risikobewertung	303
II. Die Bewertung des Status Quo der öffentlichen Risikovorsorge in der Landwirtschaft hinsichtlich der Anforderungen der prozeduralen Rationalität	305
1. Das Fehlen eines Leitbildes als Grundlage für die Definition des Vorsorgeanlasses	305
2. Mangelnde prozedurale Rationalität im Rahmen der Direktzahlungen	305
B. Anforderungen multipolarer Verfassungsrechtsverhältnisse: Das Erfordernis eines rechtsstaatlichen Abwägungsprozesses	308
I. Typischerweise in Ausgleich zu bringende Rechtsgüter und Aufträge des gleichen Rangs im Rahmen der öffentlichen Risikovorsorge in der Landwirtschaft	311
1. Ausgangspunkt: der verfassungs- und unionsrechtliche Auftrag zur öffentlichen Risikovorsorge (Leistungsdimension)	311
2. Typischerweise in Ausgleich zu bringende Rechtsgüter und Aufträge des gleichen Rangs im Rahmen der öffentlichen Risikovorsorge in der Landwirtschaft (Eingriffs- und Ausgleichsdimension)	312
a) Grundrechte	312

b) Staatszielbestimmungen des Grundgesetzes	312
c) Querschnittsklauseln des unionalen Primärrechts	313
d) Funktionsgarantie der sozialen Marktwirtschaft und die damit zusammenhängende Wettbewerbsfreiheit	315
e) Eingriffs- und Ausgleichsdimension	318
II. Die Ausgestaltung des rechtsstaatlichen Abwägungsprozesses im deutschen Verfassungsrecht und im Unionsrecht	318
1. Die Ausgestaltung des rechtsstaatlichen Abwägungsprozesses im deutschen Verfassungs- recht: Der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz als Methode zur Auflösung multipolarer Verfassungs- rechtsverhältnisse	319
a) Übermaßverbot	320
b) Untermaßverbot	321
aa) Das Untermaßverbot als Komponente des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes und sein Anwendungsbereich	323
(1) Grundrechtliche Schutzpflichten als Schöpfungsquelle des Untermaßverbotes	323
(2) Das Untermaßverbots als Komponente des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes	326
(3) Anwendungsbereich des Untermaßverbotes	329
(4) Zwischenergebnis	331
bb) Kritik am Untermaßverbot	331
(1) Fehlender eigenständiger Aussagegehalt	332
(2) Unzulässige Einschränkung des gesetz- geberischen Gestaltungsspielraums	335
(3) Das Konterkarieren der abwehrrecht- lichen Grundrechtsfunktion	337
(4) Zwischenergebnis	338

cc) Das Untermaßverbot als Komponente des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes und Ermittlungsmaßstab	339
c) Praktische Konkordanz	340
2. Die Ausgestaltung des rechtsstaatlichen Abwägungsprozesses im Unionsrecht: Der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz im Unionsrecht	342
a) Die Besonderheiten des unionsrechtlichen Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes im Zusammenhang mit der mitgliedstaatlichen Ebene	344
b) Das unionsrechtliche Pendant zum Übermaßverbot	346
c) Das unionsrechtliche Pendant zum Untermaßverbot	347
d) Das unionsrechtliche Pendant zur praktischen Konkordanz	349
e) Agrarspezifische Besonderheiten des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes im Unionsrecht	350
f) Zwischenergebnis	352
3. Beeinflussung des rechtsstaatlichen Abwägungsprozesses durch Vorsorgeprinzip und Verursacherprinzip	352
a) Vorsorgeprinzip	353
b) Verursacherprinzip	354
4. Maßstäbe für die bewertende Untersuchung des gesetzgeberischen Abwägungsprozesses im Rahmen des Status Quo der öffentlichen Risikovorsorge	357
a) Der Prüfungsmaßstab der Rechtsprechung beim gesetzgeberischen Abwägungsprozess	358
aa) Die bundesverfassungsgerichtliche Kontrolle des gesetzgeberischen Abwägungsprozesses im deutschen Verfassungsrecht	358

bb) Die gerichtliche Kontrolle des gesetz- geberischen Abwägungsprozesses im unionalen Primärrecht	367
b) Der Bewertungsmaßstab der Wissenschaft beim gesetzgeberischen Abwägungsprozess	368
III. Konkretisierung und bewertende Untersuchung der Anforderungen an die gesetzgeberische Ausgestaltung im Rahmen der Leistungsdimension	369
1. Konkretisierung der Anforderungen an die gesetzgeberische Ausgestaltung im Rahmen der Leistungsdimension anhand des Untermaßverbotes	369
a) Grundlegende Vorüberlegungen zur inhaltlichen Bestimmung der Voraussetzungen des Untermaßverbotes	370
aa) Orientierung am Verhältnismäßigkeits- grundsatz im Sinne des Übermaßverbotes	371
bb) Orientierung an der bundesverfassungs- gerichtlichen Rechtsprechung	372
cc) Untersuchungsgegenstand der Untermaßbewertung	373
b) Konkretisierung der Tatbestandsmerkmale des Untermaßverbotes im Rahmen der öffentlichen Risikovorsorge in der Landwirtschaft	375
2. Die Bewertung des Status Quo der öffentlichen Risikovorsorge in der Landwirtschaft im Rahmen der Leistungsdimension	384
a) Privatwirtschaftliche Möglichkeiten, der strukturellen Marktintransparenz entgegenzutreten	385
b) Privatwirtschaftliche Möglichkeiten der Absicherung	386
c) Privatwirtschaftliche Möglichkeiten spezifisch im Milchsektor	392
d) Privatwirtschaftliche Möglichkeiten klimaschützender Maßnahmen sowie klimawandelangepasster Produktion	399
aa) Privatwirtschaftliche Möglichkeiten klimaschützender Maßnahmen	399

bb) Privatwirtschaftliche Möglichkeiten klimawandelangepasster Produktion	403
3. Zusammenfassung der Anforderungen an die gesetzgeberische Ausgestaltung im Rahmen der Leistungsdimension und zusammenfassende Bewertung ihrer Umsetzung	405
IV. Konkretisierung und bewertende Untersuchung der Anforderungen an die gesetzgeberische Ausgestaltung im Rahmen der Eingriffs- und Ausgleichsdimension	408
1. Konkretisierung der Anforderungen an die gesetzgeberische Ausgestaltung im Rahmen der Eingriffs- und Ausgleichsdimension anhand des Übermaßverbotes und der praktischen Konkordanz	408
a) Legitimer Zweck und Geeignetheit	409
b) Erforderlichkeit	409
c) Angemessenheit unter Berücksichtigung praktischer Konkordanz: Optimaler Ausgleich zu gleichrangigen Verfassungswerten	410
aa) Gewicht des mit den öffentlichen Risikovorsorgemaßnahmen verfolgten Zwecks	412
bb) Gewicht der Eingriffsintensität öffentlicher Risikovorsorgemaßnahmen	413
(1) Grundrechte	413
(2) Klimaschutz: Die Notwendigkeit des Transformationsprozesses	414
(3) Umweltschutz	416
(4) Tierschutz	419
(5) Funktionsgarantie „Marktwirtschaft“ und damit verbundene Wettbewerbs- freiheit	421
cc) Optimaler Ausgleich der Abwägungs- gewichte	422
(1) Grundrechte	423
(2) Klimaschutz	423
(3) Umweltschutz	423
(4) Tierschutz	425

(5) Funktionsgarantie „Marktwirtschaft“ und damit verbundene Wettbewerbs- freiheit	425
2. Die Bewertung des Status Quo der öffentlichen Risikovorsorge in der Landwirtschaft im Rahmen der Eingriffs- und Ausgleichsdimension	426
3. Zusammenfassung der Anforderungen an die gesetzgeberische Ausgestaltung im Rahmen der Eingriffs- und Ausgleichsdimension und zusammenfassende Bewertung ihrer Umsetzung	427
V. Spannungsverhältnis der Anforderungen an die gesetzgeberische Ausgestaltung aufgrund multipolarer Verfassungsrechtsverhältnisse	428
C. Anforderungen des Art. 39 Abs. 2 AEUV – die normierte Begrenzung des systemischen Risikofaktors der rechtlichen Rahmenbedingungen	432
D. Anforderungen des Agrarbeihilfenrechts	435
E. Zusammenfassung der Anforderungen an die gesetzgeberische Ausgestaltung der öffentlichen Risikovorsorge und die Bewertung ihrer Umsetzung	436
I. Katalog der Anforderungen an die öffentliche Risikovorsorge in der Landwirtschaft	436
II. Festgestellte Defizite im Rahmen des Status Quo öffentlicher Risikovorsorgemaßnahmen in der Landwirtschaft	438
§ 10: Ausblick: Möglichkeiten zur verbesserten Umsetzung der Anforderungen	439
A. Ansätze zur Behebung der Defizite im privatwirtschaftlichen Risikomanagement	439
I. Ansätze zur Verstärkung von Maßnahmen, die auf tatsächlicher Ebene an der Verhinderung der Realisierung von systemischen Risikofaktoren ansetzen	440
II. Ansätze zur Verbesserung des Versicherungsangebotes und des Angebotes von Fonds auf Gegenseitigkeit	441
1. Versicherungspflicht	442
2. Organisatorische Einbindung der öffentlichen Hand	446

III. Ansätze zur Verbesserung der Möglichkeiten privatwirtschaftlichen Risikomanagements im Milchsektor	448
IV. Ansätze zur Verbesserung der Rücklagenbildung	449
V. Ansätze zur Verbesserung der Produktionsanpassung an den Klimawandel	451
B. Ansätze zur Behebung der defizitären Berücksichtigung von gleichrangigen Rechtsgütern	451
C. Ansätze zur Behebung der Defizite im Rahmen der prozeduralen Rationalität	452
D. Ansätze zur Umsetzung des Erfordernisses der öffentlichen Begleitung eines notwendigen Transformationsprozesses	454
§ 11: Zusammenfassung	456
Teil V – Die zusammenfassende Schlussbetrachtung der rechtsdogmatischen Aufarbeitung der öffentlichen Risikovorsorge in der Landwirtschaft	459
§ 12: Die öffentliche Risikovorsorge in der Landwirtschaft als Grundprinzip des Agrarrechts	459
A. Allgemeine Prinzipienlehre	459
B. Innere Systembildung im Agrarrecht	462
C. Die öffentliche Risikovorsorge in der Landwirtschaft im Rahmen der inneren Systembildung des Agrarrechts	464
§ 13: Zusammenfassung der wesentlichen Untersuchungsergebnisse	467
Literaturverzeichnis	477

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Übersicht der Systematisierung der einfachgesetzlichen Risikovorsorgemaßnahmen im Agrarrecht	152
Abbildung 2: Zuordnung der systemischen Risikofaktoren und der Risikovorsorgeelemente zu einzelnen einfachgesetzlichen Risikovorsorgemaßnahmen im Agrarrecht	153
Abbildung 3: Tabellarische Zusammenfassung der wesentlichsten Ergebnisse des Teil III	457

Abkürzungsverzeichnis

a. A.	anderer Ansicht
a. a. O.	am angegebenen Ort
AcP	Archiv für die civilistische Praxis (Zeitschrift)
a. F.	alte Fassung
ABl.	Amtsblatt
Abs.	Absatz
AEMR	Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen
AEUU	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AFP	Agrarinvestitionsförderprogramm
AG	Ausführungsgesetz
AgrarOLkG	Gesetz zur Stärkung der Organisationen und Lieferketten im Agrarbereich (Agrarorganisationen-und-Lieferketten-Gesetz)
AgrarR	Agrarrecht (Zeitschrift)
Agrar-Rahmenregelung	Rahmenregelung der Europäischen Union für staatliche Beihilfen im Agrar- und Forstsektor und in ländlichen Gebieten
AgrarRS	Agrarische Rundschau (Zeitschrift)
allg.	allgemein
AMK	Amtschef- und Agrarministerkonferenz
AMS	Aggregiertes Maß der Stützung
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts (Zeitschrift)
APuZ	Aus Politik und Zeitgeschichte (Zeitschrift)
ARD	Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland
Art.	Artikel
ASG	Agrarsoziale Gesellschaft e. V.
AT	Allgemeiner Teil
AtG	Gesetz über die friedliche Verwendung der Kernenergie und den Schutz gegen ihre Gefahren (Atomgesetz)
Aufl.	Auflage

Abkürzungsverzeichnis

AUR	Agrar- und Umweltrecht (Zeitschrift)
Az.	Aktenzeichen
BAnz	Bundesanzeiger
BauGB	Baugesetzbuch
BBodSchG	Gesetz zum Schutz vor schädlichen Bodenveränderungen und zur Sanierung von Altlasten (Bundes-Bodenschutzgesetz)
Bd.	Band
Beil.	Beilage
Begr.	Begründer:in
Beschl.	Beschluss
BewG	Bewertungsgesetz
BfN	Bundesamt für Naturschutz
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBL	Bundesgesetzblatt
BImSchG	Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz)
BMEL	Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft
BMI	Bundesministerium des Innern und für Heimat
BörsG	Börsengesetz
Brem.GBL	Bremer Gesetzblatt
BSE	bovine spongiforme Encephalopathy
BSIG	Gesetz über das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik
BSI-KritisV	Verordnung zur Bestimmung Kritischer Infrastrukturen nach dem BSIG
bspw.	beispielsweise
BT	Besonderer Teil
BT-Drs.	Bundestagsdrucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	(Bundesverfassungsgerichts-) Entscheidung der amtlichen Sammlung
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
BzAR	Briefe zum Agrarrecht (Zeitschrift)

bzw.	beziehungsweise
ca.	circa
CEDR	Comité européen de droit rural
CO ₂	Kohlenstoffdioxid
d.	der/des/das
d. h.	das heißt
DBV	Deutscher Bauernverband e. V.
ders.	derselbe/n
DEU	Deutschland
dies.	dieselbe/n
diesbzgl.	diesbezüglich
Diss.	Dissertation
DLG	Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft e. V.
DM	Deutsche Mark
DÖV	Die öffentliche Verwaltung (Zeitschrift)
DV	Die Verwaltung (Zeitschrift)
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt (Zeitschrift)
DZWIr	Deutsche Zeitschrift für Wirtschafts- und Insolvenzrecht
e. V.	eingetragener Verein
EEX	European Energy Exchange
eG	eingetragene Genossenschaft
EG	Europäische Gemeinschaft
EGFL	Europäischer Garantiefonds für die Landwirtschaft
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EG-Vertrag	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
ELER	Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums
ELER-VO	Verordnung (EU) Nr. 1305/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates v. 17.12.2013 über die Förderung der ländlichen Entwicklung durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1698/2005
endg.	endgültig
EStAL	European State Aid Law Quarterly (Zeitschrift)

Abkürzungsverzeichnis

ESTG	Einkommenssteuergesetz
et al.	et alii
etc.	et cetera
EU	Europäische Union
EuG	Gericht erster Instanz der Europäischen Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuGRZ	Europäische Grundrechte-Zeitschrift
EuR	Europarecht (Zeitschrift)
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWG-Vertrag	Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft
EWS	Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht (Zeitschrift)
f.	folgende
FDP	Freie Demokratische Partei
ff.	fortfolgende
Fn.	Fußnote
FS	Festschrift
FU	Freie Universität (Berlin)
GAK	Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes
GAKG	Gesetz über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“
GAP	Gemeinsame Agrarpolitik
GAP-Strategieplan-VO	Verordnung (EU) Nr. 2021/2115 des Europäischen Parlaments und des Rates v. 2.12.2021 mit Vorschriften für die Unterstützung der von den Mitgliedstaaten im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik zu erstellenden und durch den Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) und den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) zu finanzierenden Strategiepläne (GAP-Strategiepläne) und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 1305/2013 sowie der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013
GDV	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft
gem.	gemäß

GenTG	Gesetz zur Regelung der Gentechnik (Gentechnikgesetz)
GfU	Gesellschaft für Umweltrecht e. V.
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
GLÖZ	Guter landwirtschaftlicher und ökologischer Zustand von Flächen
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GMO	Gemeinsame Marktorganisation
GMO-VO	Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates v. 17.12.2013 über eine gemeinsame Marktorganisation für landwirtschaftliche Erzeugnisse und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 922/72, (EWG) Nr. 234/79, (EG) Nr. 1037/2001 und (EG) Nr. 1234/2007 des Rates
GRC	Charta der Grundrechte der Europäischen Union
GVBl.	Gesetz- und Verordnungsblatt
ha	Hektar
Habil.	Habilitation
HBStR	Handbuch des Staatsrechts
HöfeO	Höfeordnung
Hrsg.	Herausgeber:in
HU	Humboldt-Universität (Berlin)
i. A.	im Auftrag
i. S. d.	im Sinne des / der
i. S. v.	im Sinne von
i. V. m.	in Verbindung mit
ife	Institut für Ernährungswirtschaft
ifo	Institut für Wirtschaftsforschung
IKO	Innere Kolonisation (Zeitschrift)
insb.	insbesondere
JA	Juristische Arbeitsblätter (Zeitschrift)
JöR	Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart
JURA	Juristische Ausbildung (Zeitschrift)
JuS	Juristische Schulung (Zeitschrift)
JZ	Juristen Zeitung

Abkürzungsverzeichnis

KAB	Kritischer Agrarbericht (Zeitschrift)
Kfz	Kraftfahrzeug
kg	Kilogramm
KJ	Kritische Justiz (Zeitschrift)
KritV	Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft (Zeitschrift)
KrwG	Gesetz zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Bewirtschaftung von Abfällen (Kreislaufwirtschaftsgesetz)
lit.	littera
LKV	Landes- und Kommunalverwaltung (Zeitschrift)
LR-G	Gesetz über die Landwirtschaftliche Rentenbank
LwG	Landwirtschaftsgesetz
LwÜ	WTO-Übereinkommen über die Landwirtschaft
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
Nds.	Niedersachsen
NJW	Neue Juristische Wochenschrift (Zeitschrift)
No.	Numero
Nr.	Nummer
NRRL	Nationale Rahmenrichtlinie zur Gewährung staatlicher Zuwendungen zur Bewältigung von Schäden in der Land- und Forstwirtschaft verursacht durch Naturkatastrophen oder widrige Witterungsverhältnisse vom 26.8.2018
NuR	Natur und Recht (Zeitschrift)
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NZKart	Neue Zeitschrift für Kartellrecht
o. Ä.	oder Ähnliche / m / n / s
OECD	Organisation for Economic Cooperation and Development
ÖR	Öffentliches Recht
Omnibus-VO	Verordnung (EU) Nr. 2017/2393 des Europäischen Parlaments und des Rates v. 13.12.2017 zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1305/2013 über die Förderung der ländlichen Entwicklung durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER), (EU) Nr. 1306/2013 über die Finanzierung, die Verwaltung und das Kontrollsystem der Gemeinsamen Agrarpolitik, (EU) Nr. 1307/2013 mit Vorschriften über Direktzah-

	lungen an Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe im Rahmen von Stützungsregelungen der Gemeinsamen Agrarpolitik, (EU) Nr. 1308/2013 über eine gemeinsame Marktorganisation für landwirtschaftliche Erzeugnisse und (EU) Nr. 652/2014 mit Bestimmungen für die Verwaltung der Ausgaben in den Bereichen Lebensmittelkette, Tiergesundheit und Tierschutz sowie Pflanzengesundheit und Pflanzenvermehrungsmaterial
OVG	Oberverwaltungsgericht
PflGesG	Gesetz zur Durchführung der Verordnung (EU) 2016/2031 und der Verordnung (EU) 2017/625 im Bereich Pflanzengesundheit (Pflanzengesundheitsgesetz)
PflSchG	Gesetz zum Schutz der Kulturpflanzen (Pflanzenschutzgesetz)
PflVG	Gesetz über die Pflichtversicherung für Kraftfahrzeughalter (Pflichtversicherungsgesetz)
privatwirt.	privatwirtschaftlich /e / er / es
PrOVG	Preußisches Oberverwaltungsgericht
PrOVGE	Entscheidungen des Preußischen Oberverwaltungsgerichts
r+s	Recht und Schaden (Zeitschrift)
RdL	Recht der Landwirtschaft (Zeitschrift)
RGBL.	Reichsgesetzblatt
RL	Richtlinie
Rn.	Randnummer
Rs.	Rechtssache
Rspr.	Rechtsprechung
RW	Rechtswissenschaft (Zeitschrift)
S. / s.	Satz / Seite/ siehe
s. o.	siehe oben
Slg.	Amtliche Sammlung der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes und des Europäischen Gerichts Erster Instanz
sog.	sogenannte/r/s
Sp.	Spalte
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschland
SRU	Sachverständigenrat für Umweltfragen
st.	ständige
TEHG	Gesetz über den Handel mit Berechtigungen zur Emission von Treibhausgasen (Treibhausgas-Emissionshandelsgesetz)

Abkürzungsverzeichnis

TierGesG	Gesetz zur Vorbeugung vor und Bekämpfung von Tierseuchen (Tiergesundheitsgesetz)
THG	Treibhausgas
u.	und
u. a.	unter anderem / und andere
UAbs.	Unterabsatz
UGB-AT	Umweltgesetzbuch - Allgemeiner Teil
UPR	Umwelt und Planungsrecht (Zeitschrift)
Urt.	Urteil
UTP-Richtlinie	Richtlinie (EU) Nr. 2019/633 des Europäischen Parlaments und des Rates v. 17.4.2019 über unlautere Handelspraktiken in den Geschäftsbeziehungen zwischen Unternehmen in der Agrar- und Lebensmittelversorgungskette
UWG	Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb
v.	von / vom
verb.	verbundene
VersStG	Versicherungssteuergesetz
VfGH	Verfassungsgerichtshof
vgl.	vergleiche
VO	Verordnung
Vol.	Volumen
Vorbem.	Vorbemerkung
vr	Verwaltungsrundschau (Zeitschrift)
vs.	versus
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer (Schriftenreihe)
VVG	Gesetz über den Versicherungsvertrag (Versicherungsvertragsgesetz)
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
WF	Wertermittlungsforum (Zeitschrift)
WHG	Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz)
WiGBL	Gesetzblatt der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes
WRV	Die Verfassung des Deutschen Reichs (Weimarer Reichsverfassung)

WTO	World Trade Organization
WuW	Wirtschaft und Wettbewerb (Zeitschrift)
z. B.	zum Beispiel
ZfRSoz	Zeitschrift für Rechtssoziologie
Ziff.	Ziffer
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
zit.	zitiert
ZLR	Zeitschrift für das gesamte Lebensmittelrecht
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZUR	Zeitschrift für Umweltrecht
ZWeR	Zeitschrift für Wettbewerbsrecht

